

Wirtschaft und Politik

sind sich einig:

- Nicht mehr soziale Gerechtigkeit, sondern individuelle Leistungsfähigkeit soll Richtschnur einer Politik werden, die Eigenverantwortung propagiert und Privatisierung in der Renten- und Gesundheitspolitik praktiziert.

- Der Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf soziale Leistungen soll insbesondere mit dem Hartz-IV-Gesetz ersetzt werden durch ein repressives Bedürftigkeitssystem.

- Soziale Zukunftsvorsorge soll vermeintlichen Sparzwängen geopfert werden.



Die Position der WASG

Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit fordert einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Eine andere Politik ist nicht nur sozialer und gerechter, sie ist auch wirtschaftspolitisch besser. Im Mittelpunkt muss die Stärkung der inländischen Nachfrage und ihre Ausrichtung auf sozial und ökologisch sinnvolle Güter und Dienstleistungen stehen.

Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit setzt sich für eine **solidarische Umgestaltung der Gesellschaft** ein. Ein leistungsfähiger Sozialstaat muss wiederhergestellt werden. Die Massenarbeitslosigkeit muss überwunden, alle Ausbildungsplatzsuchenden müssen eine Möglichkeit zum Erlernen eines Berufes haben.

• Wir wollen, dass allen Menschen Erwerbsmöglichkeiten angeboten werden, die ihren Fähigkeiten entsprechen und die es ihnen ermöglichen, **ein selbst bestimmtes Leben** zu führen. Zugleich müssen alle Menschen Zeit genug haben für Kinder und Familie, für Freizeit, Bildung und Erholung und für andere sinnvolle Tätigkeiten. Wir lehnen es ab, Arbeitslose für jeden Lohn an jedem Ort in eine beliebige Arbeit zu pressen.

• Die Arbeits- und Lebensbedingungen der von Erwerbsarbeit abhängigen Menschen dürfen nicht verschlechtert, sondern können und **müssen verbessert werden**.

• Wir setzen uns ein für bedarfsgerechte öffentliche Anlagen und Einrichtungen, für **soziale und kulturelle Dienstleistungen**, die für alle zugänglich sind. Wir fordern **Bildung, Qualifikation und soziale Sicherung** für alle. Wir wollen eine Wirtschafts- und Lebensweise durchsetzen, die auch **ökologisch zukunftsfähig** ist.

• Wir treten ein für den Erhalt und Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte und für mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen. Die **Mitbestimmung** der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften wollen wir stärken. Eine grundlegende **Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes** und der Personalvertretungsgesetze ist notwendig.

Der Sozialstaat ist eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft. Den Sozialstaat sichern heißt, ihn weiter zu entwickeln. Nicht Markt und Rendite, sondern soziale Gerechtigkeit und Demokratie sind die Säulen einer zukunftsorientierten Politik.

**Es gibt eine Alternative zur Agenda 2010.
Eine andere Politik ist möglich!**